

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Lokales und Provinziales Carl Wendenmuth, für die Inserate Rudolf Roganowski, Halle, für den übrigen Inhalt Otto Kressin, Leipzig. — Verlag der Volksstimme G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck Freie Presse G. m. b. H., Leipzig, Rönigkstr. 5.

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, beim Abholen von der Expedition 90 Pfennig. Bei den Postanstalten 2.70 Mark ohne Postgebühr. Einzelne Nummern 10 Pfennig. — Injektionsgebühr: Die 7teip. Koloniale 20 Pfennig, Inserate v. auswärts 25 Pfennig, im Weltamerica 25 Pfennig, Verlag u. Expedition: 20 Pfennig, 2. Fernpr. 5407. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Nr. 6.

Halle, Dienstag den 8. Januar 1918.

2. Jahrgang.

Die Kriegsziele Lloyd Georges.

Während bei uns die Eroberungspolitik sich heftiger ärgert nach einem Frieden durch den die von den Vierbündemächten besetzten Gebiete diesen angegliedert, also annektiert werden sollen, machen sich bei den Vertretern neben manchen Unterfrömungen, die sich mit einem minder ausdehnenden Frieden begnügen, bei den Vertretern der Regierungen die phantastischen Eroberungspläne breit. Das hat wieder die Rede bewiesen, die Lloyd George letzten Sonntag vor den Delegierten der englischen Gewerkschaften gehalten hat. Die Gewerkschaften haben bekanntlich die Fortsetzung des Wirtschaftskrieges nach dem Kriege vermieden, die Verantwortung der elch-los-tragischen den Bevölkerungen dieser beiden Provinzen überlassen, die Wiedereröffnung der Gebiete mit italienischer Bevölkerung mit Italien und weiter die Errichtung eines Bundes autonomer Balkanstaaten mit voller Freiheit für alle Völker gefordert. Die Konferenz wünschte aber auch von der Regierung eine hinlängliche Erklärung über ihre Kriegsziele. Diese Erklärung hat Lloyd George jetzt zum erstenmal mit einer Deutlichkeit abgegeben, die in seinem Punkte Zweifel aufkommen läßt. Leider ist es nicht möglich, die italienische Erklärung im Wortlaut wiederzugeben; wir müssen uns deshalb damit begnügen, ihren Inhalt anzudeuten.

Nach Lloyd George sind wir jetzt an dem kritischsten Stande der jürdahren Katastrophe angelangt. Bevor eine Regierung eine schwerwiegende Entscheidung über die Bedingungen faßt, unter welchen sie den Kampf beenden oder fortsetzen will, müssen wir wissen, daß das Gewissen der Nation hinter diesen Bedingungen steht. Lloyd George erklärt dann, daß er die Fragen der Kriegsziele mit Ägypten, Syrien, sowie einigen Vertretern der großen überseeischen Dominien besprochen habe, so daß das Ergebnis dieser Erörterungen Anbruch davon habe, nicht allein als Auffassung der Regierung, sondern der Nation und des ganzen Reiches zu gelten. Lloyd George erging sich dann in den üblichen Phrasen von den friedlichen Absichten gegen das Deutsche Reich. Englands Absichten seien nicht auf Fortsetzung Deutschlands oder des deutschen Volkes gerichtet. England wolle nur Deutschland von seinen Wägen einer militärischen Beherrschung ablenken. Auch sollte Oesterreich-Ungarn nicht zerstört oder die Türkei beseitigt werden, die vorwiegend von der türkischen Rasse bewohnt sind. Auch die Verhältnisse der Vierbündemächte werden als deren eigene innere Verhältnisse betrachtet. Man sieht, es ist der reinste Positivismus, der in Lloyd Georges Rede zum Ausdruck kommt. Und daher ist es natürlich selbstverständlich, daß auch England und seine Verbündeten zu Friedensverhandlungen bereit sind. Nun aber kommen die Bedingungen, die die ganze Friedensrede des Lloyd George als eitel Heuchelei enttarnen.

Die erste Forderung ist die vollständige Wiederherstellung Belgiens und die Gewährung einer Entschädigung zur Wiederherstellung der verwüsteten Städte und Provinzen. Die Entschädigung Belgiens nach dem Kriege scheint Lloyd George zu denken, obwohl sich die deutsche Regierung über diesen Punkt leider noch nicht direkt geäußert hat, als zugestanden anzusehen. Deshalb handelt es sich nur noch um die Wiederherstellung, die natürlich Deutschland allein tragen soll. Wir begnügen uns damit, hierbei daran zu erinnern, daß die Weltmacht Frankreich am 4. August 1914 die Schadenersatzpflicht Deutschlands anerkannt hat. Während des Krieges sind nun zahllosen bekannt geworden, die die Neutralität Belgiens als unwürdig erscheinen lassen, womit die Entschädigungspflicht einwillig geworden wäre. Eine solche Entschädigung des angegriffenen Schadens betrachtet Lloyd George nicht als Kriegszweckmäßig.

Als nächstes kommt die Wiederherstellung Serbiens, Montenegro's, sowie der besetzten Teile Frankreichs, Italiens und Rumaniens, vollständige Zurückziehung der serbischen Armee. Wiederum aufmachung von Unrecht ist die grundlegendende Bedingung für einen dauernden Frieden. Wir werden bis zum Untergang an der Seite der französischen Demokratie stehen, in deren Verlangen nach Wiedererzeugung (reconsideration) des großen Unrechts von 1871, wo ohne Rücksicht auf die Wünsche der Bevölkerung zwei französische Provinzen aus Frankreich herausgerissen und dem Deutschen Reich für ein halbes Jahrhundert einverleibt wurden, und bis dieses nicht geholt ist, können gesunde Zustände nicht wieder eintreten.

Lloyd George äußert sich dann über die Sonderverhandlungen mit Rußland, er meint, daß die russischen Provinzen durch den Sonderfrieden in einen Zustand vollständiger wirtschaftlicher und später auch politischer Sklaverei gegenüber Deutschland getrieben würden. Dagegen werde England Holz sein, bis zum Ende eite an Seite mit den russischen Demokratie Auslands und Amerika, Frankreich und Italien kämpfen. Ein unabhängiges Belgien sei eine Notwendigkeit für die Erhaltung des Gleichgewichts in Ozeuropa. Obwohl Lloyd George seinen Kriegszielen der Entente ist, ist er der Meinung, daß, wenn nicht eine Selbstregierung auf Grund wirklich demokratischer Grundzüge jenen

österreichisch-ungarischen Nationen gewährt wird, die dies solange gemindert haben, es unmöglich ist, auf eine Beilegung seiner Ursachen in diesem Teile Europas, die so lange seinen allgemeinen Frieden bedroht haben, zu hoffen. Aus denselben Gründen bestreitet er die Befreiung des natürlichen Anspruches der Italiener auf Vereinigung mit dem Volke gleicher Rasse und Sprache als notwendig. Ebenso ist darauf zu dringen, daß den Völkern rumanischen Stammes und rumänischer Sprache in ihren berechtigten Forderungen Gerechtigkeit getan werde.

Außerhalb Europas sollen die alten Grundzüge zur Anwendung kommen. Während die eigentlichen türkischen Gebiete der Türkei nicht in Frage gestellt werden sollen, werden Arabien, Armenien, Mesopotamien, Syrien und Palästina, wenn die Rücksicht zwischen dem Schwarzen Meer und dem Mitteländischen Meer internationalisiert und neutralisiert ist, unseren Urteilen gemäß beibehalten, eine Anerkennung ihrer besonderen nationalen Bedingungen zu erhalten. Die deutschen Kolonien sollen zur Verfügung der Konferenz gehalten werden, die in erster Linie Rücksicht auf die Interessen der Bevölkerung zu nehmen habe. Schließlich wird gesagt, daß der Mangel an Kohlen, der immer größer werde, je länger der Krieg dauere, es unermesslich mache, daß die Länder, die die Welt für Rohprodukte beizugehen, in erster Linie sich selbst und ihre Freunde zu versorgen würden. Also der Wirtschaftskrieg nach dem Kriege in aller Form!

Lloyd George schließt:

Wenn wir gefragt werden, wofür wir kämpfen, so können wir sagen, für einen gewissen dauernden Frieden, und wir glauben, daß, bevor ein solcher erreicht werden kann, die folgenden Bedingungen erfüllt werden müssen. Erstens: muß die Heiligkeit von Verträgen aufrechterhalten werden; zweitens: muß eine Schlichtung von Streitigkeiten auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts oder der Zustimmung der regierten Völker gesichert werden, und schließlich müssen wir durch Schaffung einer internationalen Organisation haben, die Laß der Mächten zu beschränken und die Wahrscheinlichkeit eines Krieges zu vermindern. Unter diesen Bedingungen würde das britische Reich einen Frieden willkommen heißen, und diese Bedingungen sicherzustellen, sind seine Völker bereit, noch größere Opfer zu bringen, als die bisher gebracht.

Die Kriegsziele Lloyd Georges lassen sich also dahin zusammenfassen: Räumung der besetzten Gebiete durch die Mittelmächte — für England gilt dieser Satz nicht. Sobald die Wiederherstellung der früher selbständigen Staaten und die Wiedergutmachung des Schadens durch die Mittelmächte — eine solche Bedingung läßt nur einen Sinn, wenn die Mittelmächte die alleinigen Schuldigen am Weltkriege wären. Weiter muß England kämpfen bis ans Ende für die Serous-Gleich-Röhringen — bisher hieß es, England habe sich für Gleich-Röhringen nicht verpflichtet, jetzt will es Frankreich in seiner Forderung bis zum Ziele bestehen. An eine Freigabe Arabiens oder Aqueniens, das es erst während des Krieges eingekauft hat, denkt England nicht. Oesterreich-Ungarn soll nicht zerstört werden, aber es soll die strittigen Gebiete an Italien und Rumänien herausgeben. Dem Deutschen Reich sollen seine Kolonien genommen, Armenien, Arabien usw. der Türkei abgenommen werden. Schließlich aber wird der Wirtschaftskrieg nach dem Kriege durch Zurückhaltung der Rohstoffe fortgesetzt werden. Und wenn alles das erreicht ist, dann glaubt England und seine Verbündeten den Weltfrieden geliebt. England hat sich zu Friedensverhandlungen auf dieser Grundlage bereit erklärt, aber zuerst müssen sich die Mittelmächte zur Wiedereröffnung der besetzten Gebiete verpflichten. Doch unter solchen Umständen von Friedensverhandlungen mit der Entente keine Rede sein kann, braucht nicht weiter ausgesprochen zu werden.

In einer Besprechung der Rede Lloyd Georges sagte Henderson, daß die Arbeiterschaft würde sie insofern willkommen heißen, als sie eine klare Feststellung über die Ziele ist, für deren Verwirklichung wir den Krieg fortsetzen. Er sprach sich gegen einen Wirtschaftskrieg aus, betonte aber die Notwendigkeit der Vernichtung des Militarismus überall.

Clemenceau zu den Parteiführern über den Frieden.

Nach einer Meldung der Süddeutschen Korrespondenz melden westfälische Blätter aus Paris: Clemenceau briefte die Parteiführer zu sich, um ihnen wichtige Mitteilungen zu machen über den letzten Ministerrat und über die Beratungen der Alliierten wegen der russischen Gebietsverhältnisse. Der Ministerpräsident begründete die ablehnende Stellungnahme Frankreichs damit, daß Frankreich ohne Gleich-Röhringen keinen Frieden machen könne und ohne Klärung der französischen Mindestforderungen auch nicht Verhandlungen aufnehmen könne.

Kritische Lage.

Ein unberechenbares Chaos hat sich in den letzten Tagen am West-Itowoff gebildet. Man weiß im Augenblicke, da wir dies schreiben, nicht, ob die Friedensverhandlungen endgültig abgebrochen sind oder nicht. Die ganze Frage ist jetzt, ob die Friedensausfichten wieder auf unbestimmte Zeit aufgeschoben sein sollen. Wenn nicht alles kündigt, sind die Verhandlungen zwischen Rußland und dem Vierbund geschlossen.

Wir war das nach den zu viel Glück vorbeiziehenden einleitenden Verhandlungen möglich? Können wir die Ereignisse noch einmal vor unserer Auge vorbeiziehen.

Die Unterhändler des Vierbundes haben die russische Friedensformel angenommen, wonach keinerlei territoriale oder finanzielle Vergewaltigungen stattfinden sollte und das Selbstbestimmungsrecht der Völker ausdrücklich gebilligt wurde. Am 28. Dezember gaben aber unsere Unterhändler den Satz vom dem Selbstbestimmungsrecht der Völker eine Auslegung, die den Widerpruch der Russen hervorrief. Es wurde deshalb beschlossen, einen Sonderausfluß zur Klärung der Streitfrage einzulegen. Am selben Tage wurden die Verhandlungen auf zehn Tage vertagt, um den Entente-mächten Gelegenheit zur Antwort auf das Ultimatum zum Ausdruck an die Friedensverhandlungen zu geben. Diese hätte sich ohne Ergebnis befristet. Die Verhandlungen hätten nun am 5. Januar in West-Itowoff wieder aufgenommen werden müssen. Statt dessen hat am 3. Januar der Vorliegende der russischen Delegation den Bevollmächtigten der Vierbündemächte in West-Itowoff telegraphisch mitgeteilt, die russische Regierung sei der Meinung, daß es dem Stande der Verhandlungen der beiden Parteien entspreche, diese Verhandlungen in neutralen Auslande fortzusetzen. Der russische Vertreter handelte also im ausdrücklichen Auftrag der russischen Regierung. Natürlich hat die russische Regierung das Recht, eine solche Forderung zu stellen, wie sie das Recht hat, jede andere Forderung zu stellen. Ob eine solche Forderung berechtigt ist, und ob sie von der Gegenseite angenommen werden kann, ist eine andere Frage. Die russische Regierung aber hat ihre Forderung nicht ordnungsgemäß in der Fortsetzung der Verhandlungen zur Debatte gestellt, sondern sie unter dem Vorwand, dass die Vierbündemächte als Ultimatum unterbreitet, darauf konnten sich die Regierungen der Vierbündemächte unmöglich einlassen.

Die andere Frage ist nun, wie sich die Vierbündemächte zu dieser Forderung der Verlegung des Tagungsortes nach einem neutralen Lande hätten verhalten müssen, wenn diese Forderung ordnungsgemäß in der Fortsetzung der vertragmäßigen Verhandlungen gestellt worden wäre. Nachdem die Entente-mächte den Beitritt zu den Friedensverhandlungen durch Ignorierung des Ultimatum abgelehnt hatten, lag schließlich auch nicht der geringste Grund vor, den Verhandlungsort nach dem neutralen Auslande zu verlegen, und das um so weniger, als West-Itowoff in lokaler Beziehung für die Russen wie für die Mittelmächte gleich günstig gelegen ist. Die Situation aber wäre sofort eine ganz andere geworden, wenn die Entente-mächte zum Beitritt zu den Friedensverhandlungen bereit erklärt hätten, dann hätte sich die Selbstregierung des Verhandlungsortes ohne weiteres empfohlen und wäre wohl auf Seite des Vierbundes auf keinerlei Überbegriff gestanden. Da aber die Entente keine Abigung zur Teilnahme an den Friedensverhandlungen zu erkennen gegeben haben, hatte sich am 3. Januar auch an den Verhältnissen, wie sie am 28. Dezember bestanden, nichts geändert, es lag also auch für eine Selbstveränderung kein Grund vor. Und wenn die Russen nun kategorisch die Verlegung des Verhandlungsortes ins neutrale Auslande fordern, also eine Bedingung stellen, für deren Berechtigung kein Grund abzusehen ist, so tragen sie die Schuld, wenn die Friedensverhandlungen sich unterbrochen werden sind.

Nun haben am 28. Dezember zwischen den Unterhändlern beider Parteien schwerwiegende Differenzen über die Auslegung des Begriffs des Selbstbestimmungsrechts bestanden; doch diese Differenzen konnten bei ehrlichen Friedensabsichten auf Seite der Russen zunächst kein Grund sein, die Verhandlungen zum Scheitern zu bringen, bevor der Versuch, diese Differenzen zu beheben, wie es durch die Wahl des Sonderausflusses beabsichtigt wurde, endlich gemacht worden war. Deshalb muß noch einmal auf die Streitpunkte näher eingegangen werden.

Von dem Vierbunde ist zwar die Formel des Selbstbestimmungsrechts der Völker angenommen worden, es ist ihr aber, soweit die russischen Grenzgebiete in Frage kommen, eine Auslegung gegeben worden, die als demokratisch nicht bezeichnet werden kann. Die Mittelmächte glauben das Selbstbestimmungsrecht der russischen Fremdvölker gewahrt, wenn staatliche Körperlichkeiten, die von ihnen als Okkupationsmächten erst geschaffen worden sind, die aber keineswegs als Ausdruck des Volkswillens angeprochen werden können, die Entscheidung über das fernere Schicksal ihrer Völker treffen. Auch bei den Mehrheitsparteien des Reichstages besteht kein Zweifel, daß dies das Selbstbestimmungsrecht der Völker in einem Sinne ausgelegt wird, der es berechtigt macht, wenn er in Rußland Widerpruch erfährt. Nun ist jedenfalls eine Auslegung des Selbstbestimmungsrechts der Völker in dem Sinne, daß eine Volksbestimmung stattfinden, in Ländern eine sehr fragwürdige Sache, wo die große Mehr-

heit weder leben noch schreiben kann. Die Reichstagsmehrheit hatte sich deshalb auf einen bestimmten Vorschlag geeinigt, der dem Reichsfänger unterbreitet werden sollte, sich aber durch den weiteren Verlauf der Dinge erledigte. Im Reichstag hat der Reichsfänger sich entschieden gegen eine illonale Auslegung des Selbstbestimmungsrechts der Völker verhalten. Das ändert aber gar nichts daran, daß die Auslegung des Artikels 11 in der Antwort der Reichsmehrheit der weiteste Spielraum gelassen ist, was allein die Reichsversammlung, die die Abänderung eine Durchführung ihrer parlamentarischen Erörterungspläne im Sinne im Rahmen dieser Auslegung für möglich halten. Es ist deshalb doppelt und dreifach bedauerlich, daß die Verhandlungen in Weizsäcker keine Klärung über diese Frage, mit der auch die Frage der Zurückziehung der Truppen in den besetzten Gebieten auf das Engste zusammenhängt, durch den Abbruch der Verhandlungen, der zunächst, wie wir gesehen haben, auf das Konto der Russen zu buchen ist, gebracht hat und so nicht direkt festgesetzt werden kann, wem am Ende die sachliche Schuld am Abbruch der Friedensverhandlungen zufällt.

Doch abgesehen davon, muß die Tatsache, daß in Deutschland der Geist der Eroberungspolitik im Augenblicke die widerständigen Organe, das sogar die Oberste Heeresleitung sich offen in Gehorsam zu den Unterhändlern der Mittelmächte und auf die Seite der Eroberungspolitik stellt, die härtesten Zweifel in die lokalen Absichten der Mittelmächte aufkommen lassen. Es rächt sich hier die Politik des Geheimparlamentarismus. Deshalb muß es Aufgabe der Sozialdemokratie sein, mit aller Entschiedenheit auf Klarheit zu dringen. Die abstrakten Formeln sind nicht mehr ausreichend, auf ihre Auslegung kommt jetzt alles an. Und wenn die Regierung der Mittelmächte, die denen in der Hauptsache die deutsche Regierung in der Frage kommt, sich nicht zu einer offenen demokratischen Friedenspolitik, die jederzeit Verwirklichung ablehnt, benennen will, dann kann kein Zweifel mehr daran sein, daß sie insofern mit den Alldeutschen im Bunde ist. Dann bleibt nichts weiter übrig, als die Regierung und dieser Politik den rücksichtslosesten Kampf anzuliegen.

Der bereits erwähnte Beschluß der Reichstagsfraktion hat folgenden Wortlaut:

Angesichts der Vorgänge in Weizsäcker und des Umwelts der Anexionisten gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker erklärt die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, daß ein freundschaftliches Verhältnis und ein dauernder Frieden nur möglich ist bei ehrlicher Durchführung des demokratischen Grundrechts der Selbstbestimmung der Völker.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion fordert deshalb, daß den beteiligten Völkern die freie vollkommen unabhängige Willenserklärung garantiert wird.

Die letzte Entscheidung über die innere und äußere Staatsrechtliche Gestaltung der in Betracht kommenden Gebiete muß verfassungsgemäß, unter Berücksichtigung der Interessen der Bevölkerung und der Selbstbestimmungen der Völker, durch die Völker selbst entschieden werden.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion billigt einmütig das Verhalten ihrer Vertreter im Hauptausfluß und ist entschlossen, jedem Mißbrauch des Selbstbestimmungsrechts zum Zwecke verheerender Anexionen mit Entschiedenheit entgegenzutreten.

Die grundsätzliche Stellung unserer Fraktion, sagt der Vorsitzende zu dem Beschlusse, zu den stehenden großen Problemen ist hier mit voller eindeutiger Klarheit zum Ausdruck gebracht. Der Versuch der Anexionisten, das Selbstbestimmungsrecht der Völker zum Zwecke verheerender Anexionen zu fälschen, wird mit nicht zu überbietender scharfer Schärfe zurückgewiesen. Es ist klar, daß dieser Beschluß, der mit Vorbedacht taktische Konsequenzen unter bestimmten Umständen mit Sicherheit zur Folge haben muß, die Reichstagsfraktion ist entschlossen, jedem Mißbrauch des Selbstbestimmungsrechts zum Zwecke verheerender Anexionen mit Entschiedenheit entgegenzutreten. "Tene, die einen solchen Mißbrauch ins Werk setzen wollen, wollen also, daß sie mit der entschlossenen Gegnerschaft der Sozialdemokratie zu rechnen haben.

Die Friedensbedingungen der Entente.

Wien, 7. Januar. (Telefon.) Die Wiener Mittagszeitung meldet aus Rotterdam: Amerikanische Berichterstatter englischer Blätter wollen erfahren haben, daß Wilson den Entwurf der Friedensbedingungen der Alliierten als Antwort auf die russische Aufforderung zum Beitritt zu den Verhandlungen in Weizsäcker ausgearbeitet hat, der vielleicht mit verschiedenen Änderungen die Grundlage einer gemeinsamen Deklaration der Entente-laaten bilden werde. Voranfang habe darüber geäußert, daß Wilsons Entwurf im allgemeinen folgende Forderungen der Entente enthalte:

1. Abtretung Elbeh-Trümpfens;
2. Abtretung des Trentino und Triest;
3. Wiederherstellung Belgiens, Serbiens, Montenegros und Rumaniens;
4. Verdrängung der Türkei aus Europa;
5. Wiedergutmachung aller Schäden, insbesondere derjenigen durch Verlesungen verursachten;
6. Zustimmung, daß kein für unabhängig erklärtes, ehemals russisches Gebiet unter Einflußnahme des Vierbundes gerate.

Dagegen sind die Alliierten bereit, die von ihnen verursachten Schäden zu erlösen, Deutschland die Kolonien zurückzugeben und die Fragen finanzieller und territorialer Kompensationen betr. die von Vierbundesstaaten verlangten Gebietsabtretungen zu diskutieren.

Kriegsfeindliche Bewegung in Italien.

Mailand, 7. Januar 1918. Die Stampa veröffentlicht einen Bericht über eine Hausung in der lombardischen Arbeitskammer in Rom, aus dem hervorgeht, daß in zahlreichen italienischen Kolonien Friedensmanifeste vorgelesen wurden. Die Secolo aus Rom meldet, daß der Parteisekretär der sozialistischen Partei Lazzari und der Sozialist Canali wegen Propaganda gegen den Krieg angeklagt worden. Der Sekretär der Arbeitskammer von Lodi ist auf Grund derselben Anklage verhaftet worden. Die Neue Zürcher Zeitung berichtet von der italienischen Grenze: In den letzten Tagen haben zahlreiche italienische Delegationen wiederum die Schweizer Grenze überschritten.

Wien, 7. Januar 1918. Die Kriegskorrespondenten der italienischen Blätter fahren fort, in demogen Worten die Weiden der Soldaten wegen der großen Kälte an der Front und der mangelhaften sozialen Hintergründe zu kritisieren und die italienischen Truppen zur Umkehrung nach Hause zu ermahnen. Aus Florenz werden 16, aus Turin 13 Grad Kälte gemeldet.

Aus dem Kampfe um das gleiche Wahlrecht im preußischen Landtage.

Der freikonervative Abgeordnete Freißer

u. Hedlich u. Neulisch.

Vor dem Feind gleiche Pflichten, im Staate die Rechte nach den Leistungen.

Was die Friederfüllung im Kriege anlangt, was die Leistungen im Kriege anlangt, so ist es zweifellos richtig, daß die gleich gemein sind für alle. Wenn es sich darum handelte, ein Wahlrecht für den Krieg zu schaffen, wäre das am Ende unweifelhaft ausfallend. Es handelt sich darum, ein Wahlrecht zu schaffen, was dauernd gilt. Da muß man, wenn man Leistung und Gegenleistung in Betracht ziehen soll, nicht die Leistung im Krieg zugrunde legen, sondern das, was der Bürger dem Staate im Frieden leistet.

Trotz allem Vertrauen zum Volke kein gleiches Wahlrecht.

Ich glaube, man kann auch bei dem weitgehenden Vertrauen zur Bevölkerung sagen, daß den Aufgaben des preußischen Staates nur ein solches Wahlrecht gerecht wird, daß auch diejenigen, die über durchschnittliche Leistungen dem Staate gewähren, einen entsprechenden Einfluß auf das Wahlrecht haben.

Freikonervative Vorschläge für ein Bivalwahlrecht.

Somit ist es überlegen kann, wird sich ein Mehrstimmwahlrecht auf Grund der höheren Leistungen für den Staat wohl konstruieren lassen. Es werden diejenigen, die die materiellen oder geistigen Schätze unseres Volkslebens mehr bereichern, mehr fördern, als die große Masse, hervorzuheben sein diejenigen, die in der Handarbeit selbständig arbeiten, die im Gewerbe selbständig wirken, diejenigen, die in liberalen Berufen stehen, diejenigen, die sich in der Selbstverwaltung betätigen haben, auch diejenigen, die sich durch die Steuerleistung über die große Masse hervorheben.

Der nationalliberale Abg. Dr. Rohmann:

Die Nationalliberalen auf der Schaukel.

Meine Herren, wenn Sie jetzt von mir zu erfahren wünschen und erwarten, welche Stellung meine Fraktion zu den Vorklagen einnehmen wird, so kann ich Ihnen das noch nicht sagen, und wenn ich es Ihnen sagen könnte, so würde ich es nicht tun wollen.

Ueber die Bedeutung des Wahlrechtsversprechens des Königs. Meine Herren, diese königlichen Erklärungen haben einen Platz in dem unerblicklichen Verfassungsrecht Braunsens. Hier hat sich nicht nur die Regierung, sondern auch der König gebunden und es würde eine Schmälerung des königlichen Ansehens sein, wenn das Wort nicht eingehalten wird. Darüber sind wir uns vollständig klar, daß die Regierung selbstverständlich verpflichtet ist, mit allen Mitteln dafür einzutreten, dieses königliche Wort einzuhalten. Das erkennen wir durchaus und vollkommen an. Ganz anders liegt die Frage, ob wir unterwirft gebunden sind, ob wir nicht die Pflicht und das Recht der Kritik und der Nachprüfung haben. Meine Herren, das ist durchaus schon zu unterscheiden.

Sicherungen und ernste Bedenken.

Vor dem Kriege war in unserer Fraktion niemand, der sich zu dem gleichen Wahlrecht bekannte; aber unter Wirkung des Krieges ist ein Teil meiner Fraktionsfreunde für diesen Gedanken gewonnen worden: sie sehen dem Gedanken der Vorlage freundlich gegenüber. Aber auch diese meine Freunde, die ich heute bezeugen habe, wünschen Sicherungen dagegen, daß nicht die Gebildeten und besitzenden Klassen die Träger unserer Kulturtraditionen" von den Massen einfach unterdrückt werden. Die große Mehrzahl meiner Fraktion hat sehr schwere Bedenken gegen die Vorlage.

Die Nationalliberalen wollen alles für das Volk opfern.

Meine Herren, vertrauen zu unserem Volke haben wir in allerhöchstem Maß. Die Männer, die draussen stehen, der Soldat, der im Granattrichter liegt, kopelung, jede Sekunde seinen Tod erwartend, die Witwe, die zu Hause ihre Existenz durchhält, hungert, das sind Leistungen, denen man Vertrauen und Bewunderung entgegenbringen muß und daß derjenige, der das nicht täte, im Deutschen Reich keinen Platz verdient. Wir sind auch zu jedem persönlichen Opfer bereit, welches notwendig ist, um die Verwundungen des Krieges zu heilen. Es wird sich zeigen, wie sich die politischen Parteien nach dem Kriege zu den großen Anforderungen stellen werden, die die Regierung bringen muß; dann werden wir sehen, welche Parteien bereit sind, die großen Opfer auf steuerlichen Gebieten zu bringen, wie bereit ist, sich in seiner Lebenshaltung aufs äusserste einzukürzen, um die deutsche Volkswirtschaft, das deutsche Volk wieder aufzubauen. Aber es ist eine ganz andere Frage, ob das Vertrauen, das wir haben, zu den Folgerungen berechtigt, die die Regierungsvorlage zieht. Das gleiche Wahlrecht ein Verstoß gegen die Besonderen der Weine Herren, es besteht ein weiteres Bedenken nach der Richtung hin, daß dieser plötzliche Sprung vom Klassenwahlrecht zum gleichen Wahlrecht ein Verstoß gegen die bewährten Bismarckschen Recepte ist.

Der Zentrumsgesandnete Dr. Vork:

Das Zentrum wollte die Wahlrechtsreform erst nach dem Kriege.

Meine politischen Freunde haben... aber immer erklärt, daß eine solche Reform nur in ruhigen Zeiten vorgenommen werden kann. Mein Freund Gerold hat das im vorigen Winter bei der Beratung des Etats als meine Meinung angeprochen —, daß es erwünscht wäre, das Ende des Krieges abzuwarten, ehe an diese Vorlage herangetreten wird.

Eine Proklamation der Litauer in Stockholm.

Die Stockholmer Vertretung der litauischen Partei nahm folgende Resolution an: Litauen verlor alle Rechte auf Litauen durch den 120jährigen unermesslichen Druck und muß das jetzt führen; die Proklamation der litauischen Nation innerhalb der natürlichen ethnographischen Grenzen und Niederlegung aller fortgeführten Institutionen. Deutschland möge die Unabhängigkeit der litauischen Nation anerkennen, ein fähliches der litauischen Armee, welche 100 000 Mann stark in Rußland sei, soll allein im Lande die Ordnung aufrechterhalten. Die verfassunggebende Versammlung soll sofort in Wilna zusammenzutreten und die Konstitution proklamieren. Die Litauer sollen an den Friedensverhandlungen teilnehmen. Falls Rußland zukünftig vom Meer abgesperrt sei, sollen die litauischen Handelsrechte für die russischen Waren taxifree zugängig sein. Die Kriessoldaten soll Rußland und Deutschland erlösen.

Das Zentrum lobt das Dreiklassenwahlrecht.

Wir machen nicht für die gegenwärtige Zeit ein Gesetz, sondern für nicht absehbare Zeiten... Und, meine Herren, wenn wir die Geschichte des preußischen Abgeordnetenhauses ansehen, so haben wir es ja erlebt, wann wir selbst bei diesem als eintend verordneten Dreiklassenwahlrecht die verschiedenen Majoritäten in diesem Hause gehabt haben.

Gegen des Zentrums Vor der Mobilisierung des preußischen Landtages.

Wir müssen mit der Möglichkeit rechnen, daß eine Mobilisierung dieses Hauses eintritt und einer solchen Mobilisierung können wir ohne Vergrünisse nicht entgegenzutreten, besonders wenn wir an die Pflege unserer kulturellen Interessen denken, an die Interessen von Kirche und Schule.

Das Zentrum fordert Sicherungen gegen das gleiche Wahlrecht.

Die Sache würde jedenfalls viel leichter vonstatten gehen, wenn wir volles Bewußtsein haben könnten, daß bei einer demokratischen Herrschaft ein ausreichender Schutz auch für die kulturellen Interessen zu erwarten ist. Damit habe ich gar nicht das Todesurteil über diese Vorlage gesprochen, sondern nur zum Ausdruck gebracht, daß wir in der Kommission nachdrücklich darauf hinweisen müssen, ob und welche Sicherheiten auch unter vollem Aufrechterhaltung des gleichen Wahlrechts in die Vorlage aufzunehmen wären... weil weitestgehend die endgültige Abstimmung eines Teils meiner Freunde davon abhängig ist, in welcher Gestalt die Vorlage aus der Kommission herauskommt.

Die Stellung des Zentrums zur Wahlreform.

Was nun die Stellung meiner Freunde anlangt, so haben wir die letzte programmatische Erklärung in unserem Wahlaufruf vom Jahre 1913 abgegeben... welcher Weg nimmt auf das Wahlgesetz, das im Jahre 1910 leider gescheitert ist... 1913 haben wir einmütig erklärt, daß uns das bringende in der Reform des preußischen Wahlrechts erkennen die öffentliche Stimmungsbildung durch die heimliche Stimmungsbildung zu erkennen, wir haben dann geteilt als unsere Meinung erklärt, daß wir die indirekte Wahl zu erleben wünschen durch die direkte Wahl. Wir haben dabei, da damit allein ein Wahlgesetz nicht herbeigeführt werden kann, die Frage offen gelassen, ob wir nun ein gleiches oder ob wir ein gebürtes Wahlrecht haben wollen und nach welcher Grundregeln etwa dieses Wahlrecht auszuführen sei... Wir haben zu der Frage des gleichen Wahlrechts damals nicht Stellung genommen, weil schon seit einigen Jahren damals in den Kreisen unserer Männer doch Zweifel über die Zweckmäßigkeit eines gleichen Wahlrechts aufgetreten waren und weil auch in den Kreisen meiner Freunde ein Teil wenigstens diesen Zweifel über die Güte des gleichen Wahlrechts sich angegeschlossen hatte... Ich bin beauftragt... mitzutellen, daß ein Teil meiner Freunde noch wie vor für das gleiche Wahlrecht zu stimmen bereit ist. Der andere Teil meiner Freunde macht seine endgültige Stellungnahme von den Verhandlungen in der Kommission und von den Ergebnissen abhängig. Und dies deshalb, meine Herren, weil wir in der Tat nicht ohne Belohnung leben können, wie die parlamentarischen Verhältnisse Preußens sich gestalten werden, wenn der uns vorgelegte Gegenentwurf unbedändert Gesetzgestalt erhalten sollte.

Der Volksparteier Abgeordneter Sachide:

Die Volkspartei fordert energische Taten von der Regierung.

Die Minister... gebeten, alle zur Verfügung stehenden verfassungsmäßigen Mittel anzuwenden. Der Energie des Wortes folgt hoffentlich die Energie der Tat. Wir erwarten von der Regierung, eine vor keiner Konsequenz zurückweichende Energie.

Massenmünzungen und Sicherheitsventil.

Was Massen und Massenmünzungen in einem Kriege bedeuten, das haben wir erfahren. Mit der Einführung des gleichen Wahlrechts wurde ein Ventil geöffnet, durch welches Spannungen, wie sie in einem langen Kriege entstehen, sich lösen können. Wenn der Bomb, die dieses Ventil wieder zu schließen versucht.

Anwendung der Wahlmittel der Regierung.

Die Regierung hat Wahlmittel in der Hand, und sie wird sie anwenden müssen, wenn das Parlament verliert.

Preußen soll sich nicht der Kulturentwicklung entgegenstellen.

Preußen soll sich nicht dem Entwicklungsgesetz der ganzen Kulturwelt entgegenstellen. Durch die Völker geht der Zug zur Demokratisierung. Er kann an Preußen nicht vorbeigehen.

Verhältnismäßig, aber nur für — dichtbevölkerte Wahlkreise.

Was dann die dichtbevölkerten Wahlkreise anbelangt, meine Herren, so möchten wir auf den Gedanken der Verhältnismäßig für diese nicht verzichten.

Vorkläufiger Bericht auf neue Wahlkreiseneinteilung.

Wir sind... einberufen, daß die Frage einer Neuerteilung der Wahlkreise einzuweisen zurückgestellt wird. Die Neuerteilung ist nötig, und vermeidlich. Aber sie wird mit diesen Vorlagen nicht wohl zu verbinden sein.

Frauenwahlrecht und Volkspartei.

Jetzt diese Frage mit zur Verhandlung zu stellen, hieße nicht nur das Frauenwahlrecht, sondern das ganze Reformwerk gefährden.

Vom Schuß der kleinen Völker.

Die Zeitung Bril Belgic schreibt: Knüchlich der wachsenden Erbliter der künftigen Soldaten über das ihnen fortwährend angelegene Unrecht an der ganzen belgischen Front, hat auch in der Gruppe eine allgemeine Verfolgung gegen alle vorkommenden Flamen begonnen. Sie werden bespottet und herausgefordert, verächtlich und von ihren französisch gefühlten Vorgesetzten auf alle Art getränkt und demütigt. Die Soldaten werden nur wegen ihrer französischen Gemütsart zurückgesetzt und sind von jeder Beförderung ausgeschlossen. Sie werden mit Straf- und Kriegsgerichten verfolgt. Künftige Vorgesetzte sind zu niedrigeren Rangstufen degradiert worden, weil sie sich geweigert haben, ihre künftige Lieberzeugung aufzugeben. Den künftigen Soldaten wird durchgängig jedes selbständige Wirktren unmöglich gemacht. Die Janur tritt unerbittlich gegen alles, was künftlich gefühlt ist, auf.

Soziales.

Bessere Versorgung der Kriegsbefähigten.

Das Kriegsministerium verleiht ein Rundschreiben an die Presse, in dem auf einige in der letzten Zeit getroffene und nicht allgemein bekannte Maßnahmen hingewiesen wird, welche die Eltern der Kriegsbefähigten als Anreiz zu größeren Leistungen anerkennen sollen. Das Rundschreiben geht davon aus, daß das Mannschichtverordnungsgebot vom 31. Mai 1906 sich gegenüber den durch den Krieg geschaffenen Verhältnissen vielfach als unzureichend erwiesen hat.

Durch die neugetroffenen Maßnahmen wird zunächst der Kreis der Personen erweitert, die der Verleihung ausgesetzt sind. Während das Mannschichtverordnungsgebot in der Hauptsache nur äußerlich Schwerverletzte der Verleihung aussetzte, ist es nunmehr möglich, daß auch die innerlich Schwerverletzten in Betracht kommen. Ferner soll Verleihungsbefugnisse gewährt werden bei Störungen der Bewegung und Gebrauchsfähigkeit beider Hände, Arme, Füße oder Beine, die in ihrer Belästigung dem Verlust einer Hand, eines Armes usw. gleich zu achten sind, ebenso bei Verletzungen und schließlich bei schweren Gesundheitsstörungen, die durch die Verletzung oder die Verletzung der Verleihungsbefugnisse nachteilig auf die Gesundheit einwirken. (3. 2. bei schweren Folgezuständen nach Kopfverletzungen, bei Verletzungen des Unterleibes, die förmliche Ernährung oder ausschließlich flüssige Nahrung notwendig machen, bei schweren inneren Leiden, die durch besonderes Schonungsbedürfnis die Verleihungsbefugnisse erschweren.)

Kann bei einer Verletzung oder Erkrankung Dienstfähigkeit beim Kriegsbefähigten nicht festgestellt werden, weil das Verbleiben mit dem Militärdienst zweifellos in keinerlei Zusammenhang steht, so wird — sagt das Rundschreiben des Kriegsministeriums — der Kranke keineswegs nur aus dem aktiven Dienst entlassen, sondern es kann ihm eine bedingte Rente gewährt werden. Die für die Bewilligung solcher bedingten Renten bisher bestehenden Einschränkungen, daß der Betreffende längere Zeit im Dienst gewesen und mindestens

30 Proz. erwerbsunfähig sein mußte, sind bis auf weiteres fallen gelassen worden.

Den Kriegsbefähigten, die trotz eifriger Bemühungen und trotz Inanspruchnahme der Kriegsfürsorgeleistungen nicht ihr früheres Einkommen wieder erreichen, kann ein Teil des Schadens durch Zulageerträge ersetzt werden. Schließlich sind in den Fällen, in denen entlassene Mannschaften trotz der ihnen gewährten Versorgungsgeldmittel ohne Verzicht in bedrängte wirtschaftliche Lage geraten, durch Gewährung einmaliger oder auch laufender Unterhaltungen geholfen.

Aus aller Welt.

Großes Schloßfeuer in Hofden. Bei Hofden in der Provinz Pommern: Durch einen großen Brand wurden in Hofden umfangreiche Fabrikanlagen vernichtet. Durch das schnelle Eintreffen der Feuerwehren aus Neuport konnte verhindert werden, daß sich der Brand auf die umliegenden Gebäude ausbreitete. Ein Anzahl Feuerwehrlöcher wurden unter der Einwirkung des Rauschs und der heftigen Kette ohnmächtig.

Madrid ohne Gas. Da wegen der Transportschwierigkeiten keine Kohlen einströmen, gibt es in Madrid keinen einzigen Kubmeter Gas. Weder für öffentliche Beleuchtungszwecke noch für industrielle Unternehmen oder Haushaltungen ist Gas zur Verfügung. Die Zeitungen erscheinen infolgedessen verhältnismäßig später als gewöhnlich; ihr Format ist erheblich verkleinert.

Sturmflut. Die Sturmflut ist erfolgt von dem Winter des Jahres, daß die Seeoberfläche bei San Sebastian auf der Insel Gomera durch Sturm zerstört wurden. Die Stadt ist überflutet. Es wurde großer Schaden angerichtet. Die Zahl der Opfer ist groß.

Rubin. 6. Januar. Der Rostocker Diamant Karobbi vom 5. Januar meldet, daß dort ein Individuum, dessen nähere Personalia nicht festgestellt worden sind, in Fahrkleiduniform auf Grund gefälschter Dokumente beim ankommenden Witz eine Passsicherung vornahm und 150 000 Rubel an sich nahm. Der Schwinder wurde verhaftet.

Letzte Lokal- und Provinznachrichten.

Halle, 8. Januar 1918.
Rein Freibankverkauf. Ein Freibankverkauf am Mittwoch, 9. Januar, findet nicht statt.

Ausgabe von Speisebüchern an Kleinbäcker. Durch den fälligen Großmarkt werden in Müllers Hotel, Magdeburger Straße, Speisebüchern an Kleinbäcker ausgegeben. Mittwoch Nr. 1—125, Donnerstag Nr. 126—250, Freitag Nr. 251—400. Ausgabe jedesmal vormittags 8 bis 10 Uhr.

Schulden-Diebstahl. Während der vergangenen Nacht wurde in der Bruderstraße die Schaufelreibe eines Schneiders gestohlen. Der Dieb wurde verhaftet, die Reibe wurde gefunden. Ein in der Nähe befindlicher, vermutlich zu den Tätern gehörender Mann wurde festgenommen.

Arbeiter-Sekretariat, Halle (Saale).

Im Hause der Gewerkschaften, Herz 42/44, Zimmer 5 bis 7. Sprechtun von uns wochentags von 11—1 Uhr und abends von 5—8 Uhr. Sonnabend nachmittags und Sonntags geschlossen.

Städtischer Nahrungsmittelverkauf.

Nahrungsmittel. Mittwoch, vormittags 9¹⁵—12 Uhr Nr. 1—5000, nachmittags 2—6 Uhr Nr. 5001—10500 der Lebensmittelkarte. Jede Person ein Stück für 48 Pf. in der Lebensmittelkarte.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Die auf dem Eröllwitzer Friedhofe belegene Abteilung A, in welcher in der Zeit vom 20. Juni 1893 bis Mitte Februar 1894 Ermordete beerdigt worden sind, kommt vorläufiglich Anfang Februar 1918 zur Wiederbelegung.

Die Weiterbelegung von Reihengräbern zur eine weitere Begräbnisperiode kann gemäß § 16 der Friedhofordnung vom 12. Februar 1916 gestattet werden. Anträge sind unter genauer Angabe der Nummer und Reihe des Grabes

bis zum 31. Januar 1918 bei dem Ausseher des Eröllwitzer Friedhofes, Friedhofstraße Nr. 32, zu stellen. Später eingehende Anträge können keine Berücksichtigung finden.
Halle, am 31. Dezember 1917.
Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Sämtliche Händler sowie Kohlenbezugsvereinigungen werden hierdurch nochmals aufgefordert, ihre Bestellungen für die Werte spätestens bis zum 12. eines jeden Monats bei uns einzureichen. Später eingehende Bestellungen können nicht mehr berücksichtigt werden.
Halle, am 7. Januar 1918.
Die Ortsstellenstelle.

Ich habe heute eine Bekanntmachung betreffend Verbot des Fahrens von Militärfahrzeugen erlassen. Die Bekanntmachung ist in den amtlichen Zeitungen veröffentlicht worden.
Magdeburg, den 2. Januar 1918.
Der stellvertretende Kommandierende General des IV. Armeekorps:
Sontag,
Generalleutnant.

Bekanntmachung.

betreffend Ausführungsbestimmungen zu der Verordnung über Kalkalien und Soda vom 16. Oktober 1917.
(Reichs-Gesetzblatt S. 902.)

Auf Grund der Verordnung über Kalkalien und Soda vom 16. Oktober 1917 (Reichs-Gesetzblatt S. 902) wird bestimmt:

§ 1.
Kalkalien und Soda sowie Pottasche dürfen nur mit Genehmigung der Zentralbehörde für Kalkalien und Soda in Berlin abgeholt oder in eigenen Betrieben des Erzeugers verwendet werden.
Die Zentralbehörde ist ermächtigt, Kalkalien und Soda sowie Pottasche nach näherer Bestimmung des Reichsanwalters für die kriegswirtschaftlichen Bedürfnisse in Anspruch zu nehmen. Wird die Ueberzeugung verlangt, so geht das Eigentum auf die in der Verordnung bezeichnete Stelle über, sobald die Abordnung dem zur Uebernahme Verpflichteten zugeht. Kommt eine Vereinbarung über den Preis nicht zustande, so wird er durch das Reichsfinanzgericht für Kriegswirtschaft in Berlin endgültig festgestellt.

Die Zentralstelle besteht aus Abteilungen für Soda und Magneson, für Kalkalien sowie für Pottasche. Sie untersteht der Aufsicht des Reichsanwalters.

§ 2.
Mit Gefängnis bis zu sechs Monaten und mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark oder mit einer dieser Strafen wird bestraft:

1. wer Kalkalien, Soda oder Pottasche ohne die in § 1 Abs. 1 vorgeschriebene Genehmigung abholt oder verwendet
2. wer den Bedingungen zumwiderhandelt, unter denen eine in § 1 Abs. 1 vorgeschriebene Genehmigung erteilt wird;
3. wer den auf Grund des § 1 Abs. 2 getroffenen Anordnungen zumwiderhandelt.

Neben der Strafe kann auf Einlegung der Strafe erkannt werden, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

§ 3.
Die Bestimmungen treten am Tage der Verkündung in Kraft. Sie treten an die Stelle der Ausführungsbestimmungen zu der Verordnung über Kalkalien und Soda vom 17. Oktober 1917 (Reichs-Gesetzblatt S. 908).
Berlin, am 18. Dezember 1917.
Der Reichsanwalters
In Vertretung: Freiherr von Stein.

Bekanntmachung, betreffend die Herstellung von Margarine und Kunstseife.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzblatt S. 327) folgende Verordnung erlassen:

§ 1.
Die Herstellung von Margarine und Kunstseife ist nur denjenigen Betrieben gestattet, denen der Reichsanwalters oder die von ihm bestellte Stelle die Genehmigung dazu erteilt. Die Genehmigung ist widerruflich und kann von Bedingungen abhängig gemacht werden.

§ 2.
Wer ohne die nach § 1 erforderliche Genehmigung Margarine oder Kunstseife herstellt oder den Bedingungen, an die die Genehmigung geknüpft ist, zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu einer Jahre und mit Geldstrafe bis zu fünfzehntausend Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

§ 3.
Die Verordnung tritt am 28. Dezember 1917 in Kraft.
Der Reichsanwalters bestimmt den Zeitpunkt des Auftritts.
Berlin, am 22. Dezember 1917.
Der Reichsanwalters
In Vertretung: Freiherr von Stein.

Herren- u. Knaben-Anzüge
Faschots, Joppen, Ulster, Bekleider
gute Qualität - schöne Passform - vorläufige Preise
im Kaufhaus H. Elkan, Leipziger Straße 87.

„Schmelzers Höhe“
Eichendorffstr. 19
Ausgang des beliebten Haderbräu. München, und Bismarck der Brauerei Fr. Günther.
Familienverkehr - Treffpunkt für Stater.
Hier Freunde und Gäste laden freundlich ein.
Familie Fr. Gmmer.

Kunstgewerbe-Verein.

Mittwoch, den 9. Januar, abends 8¹⁵ Uhr, in der Aula der Städ. Handwerkerschule, Gutjahrstr. 1.
Vortrag mit Lichtbildern
von Herrn Prof. Dr. Niemeyer - Hamburg
über

Goethe als Zeichner.
Eintritt frei. Gäste willkommen.

Dr. Ed. Davidmar:
Wer trägt die Schuld am Kriege?
Diese Frage hat Genosse Edward David in einer von dem alljährlich-ständischen Friedenskomitee in Bochum am 8. Juni 1917 gehaltenen Rede beantwortet. Diese Rede ist unter Vorbehalt dem Ziel (lesen in unserer Zeitung im Druck erschienen. Was zum Inhalt haben wir lesen: Die imperialistischen Überwältigungen. Die soziale und politische Verantwortung. Die Schuld der Zentralmächte. Die Einfassung Deutschlands. Die Größe der Opfer für Deutschland. Die Verantwortung der Alliierten. Die Verantwortlichkeit für die Kriegshandlung zu belegen. Der Krieg beginnt 1.—1917.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung Volksstimme, Gr. Ulrichstr. 27

Stadt-Theater

Mittwoch, 9. Januar nachmittags 3¹⁵ Uhr:
Mühenbrödel.
Märchen von Götter.
Anfang 7.30 Uhr. Ende 10.30 Uhr
Stello.
Oper von Verdi.
Donnerstag nachmittags:
Mühenbrödel.
Abends: Alt-Heidelberg.

Zoo
Reicher Tierbestand.
Donnerstag, 10. Januar abends 8 Uhr:
4. Gesellschaftskonzert
v. Stadttheat.-Orchester

Korsette
für Damen und Kinder in allen Weiten,
Strümpfe
in Wolle, Baumwolle u. Seide, Damen, Herren und Kinder in allen Preislagen
im Kaufhaus
H. Elkan, Leipziger Str. 87

Alte, abgepielte auch gebrauchte Grammophon-Platten
kauft zu höchsten Preisen ohne Gebot
Gustav Uhlig
Ulren u. Marktweitz,
untere Leipziger Str.
Sonntag geöffnet von 7 bis 12 Uhr vorm. und mittags von 11 bis 130 Uhr.

Allgemeiner Konsumverein Halle.

Wir empfehlen unseren Mitgliedern
Brennholz (Scheitholz) 6.50 Mark. à Zentner
ab Lager Laubsberger Straße 13. Der Vorstand.

Alte Promenade 11a Fernruf 5738. **UT** **Leipzigerstraße 88** Fernruf 1224.

Henny Porten
in: **Die Faust des Riesen**
II. Teil. Drama in 4 Akten.
Vorführung: 3⁰⁰, 5⁰⁰, 7⁰⁰, 9⁰⁰.

Das kommt von der Liebe.
Lastspiel in 3 Akten mit Mella Petri, Leo Paukert, Herbert Paulmüller.

Die Königstochter von Travankore.
Ein indisches Liebedrama.
In der Hauptrolle: Elga Beck, Wien.
— 4 Akte. —
Vorführung: 3⁰⁰, 5⁰⁰, 7⁰⁰, 9⁰⁰.

Tenor Schmetterzch.
Filmscherz in 2 Akten mit Mella Petri, Leo Paukert, Herbert Paulmüller.

Infolge des überaus großen Andranges zu den **Abendvorstellungen** bitten wir **dringend**, die **Nachmittagsvorstellungen** zu besuchen. [48]

Halleischer Hausfrauenbund.
Anleitung zur Herstellung von Hausschuhen.
Für Mitglieder 50 Pf., für Nichtmitglieder 1 M.
Anmeldungen bzw. wochentags täglich 10—12 und nachmittags 4—6 Uhr (außer Sonntags).
Bureau des Halleischer Hausfrauenbundes,
Gr. Steinstraße 16.
Der Vorstand.

Die Internationalität und der Krieg
von Karl Kautsky — Preis 20 Pf.
Elfa-Poethringen und die Sozialdemokratie
von Hermann Wenzel — Preis 40 Pf.
Zu haben in der
Buchhandlung Volksstimme, Halle
Gr. Ulrichstraße 27.

Halle und Saalkreis.

Halle, 8. Januar 1918.

Zulagen für Rentempfänger.

Der Bundesrat hat, wie bereits kurz berichtet, über die Gewährung von Zulagen an Empfänger einer Anwalts-, Witwen- oder Waisenrente aus der Anwaltsversicherung Beschluß gefaßt. Der wesentliche Inhalt der Verordnung ist folgender:

Wer aus der Arbeiterversicherung eine Invalidenrente oder eine Krankenteile bezieht, also auf der Post eine Rentenzahlung mit dem Buchstaben Z (hellgrünes Papier) oder A (hellgelbes Papier) vorgelegt, erhält vom 1. Februar 1918 an monatlich acht Mark Zulage. Personen, die eine Witwen- oder Waisenrente erhalten, die beim Empfang ihrer Rente also eine Quittung mit dem Buchstaben W (hellgelbes Papier) oder WA (grünes Papier) vorweisen müssen, erhalten ebenfalls vom 1. Februar 1918 an eine monatliche Zulage von vier Mark. Empfänger von Alters- und Waisenrenten erhalten keine Zulage. Die Zulage wird ohne besondere Anweisung der Bundesversicherungsanstalt oder der Kasse, von der er seine Rente bezieht, durch die Post ausgeschickt. Der Empfänger muß sich nur rechtzeitig eine besondere Quittung besorgen, die er bei der Stelle, die ihm die Bescheinigungen auf der Rentenquittung erteilt, erhalten kann. Auch die Postanstalt für Quittungsmuster bereitzustellen. Die Beglaubigung der von dem berechtigten Empfänger ausgefüllten und unterschriebenen Quittungen geschieht in einfacher Weise durch Aufbrückung eines öffentlichen Siegels.

Die Zulage ist gleichzeitig mit der Rente zu erheben; die Zulage kann aber auch nachträglich gefordert werden, jedoch werden nach dem 30. Juni 1918 gefällige Anträge auf Zahlung der Zulage für Monate des Jahres 1918 nicht mehr berücksichtigt. Die Zulage wird nur für volle Monate gewährt. Beginn zum Beispiel die Rente am 3. April 1918, so beginnt die Zahlung der Zulage erst mit dem 1. Mai 1918. Ist dagegen ein berechtigter Rentempfänger am 2. März 1918 gestorben, so erhalten die Hinterbliebenen, denen die Rente des Verstorbenen ausgeschickt wird, die Zulage für den Monat März im vollen Betrage. Vorläufig ist die Zahlung von Zulagen nur für die elf Monate des Jahres 1918 (vom 1. Febr. bis 31. Dezember) in Aussicht genommen, doch ist zu erwarten, daß den Empfängern von Anwalts-, Witwen- oder Waisenrenten auch nach dem 31. Dezember 1918 Zulagen zu ihren Renten, vielleicht in etwas geringerer Höhe, von den gesetzgebenden Körperschaften bereitgestellt werden.

Für den Empfänger einer Invalidenrente, deren Erwerbsfähigkeit in gleicher Weise wie die der Anwaltsrentenempfänger beschränkt ist, wird demnächst eine ähnliche erweiterte Zulage getroffen werden.

44 mal „Dreimäderhaus“!

Am Sonntag ist das „Dreimäderhaus“ zum Stadttheater zum 44. mal gespielt worden, sage und schreibe, zum vierundvierzigsten Mal. Damit ist ein Rekord erreicht worden, den hier wohl noch kein anderes Stück in gleichem oder ähnlichem Grade erreicht hat, und es wäre zweifellos noch höher, wenn die Direktion dem Drängen des Publikums nach weiteren Aufführungen stärker nachgegeben hätte: die ganz letzten Aufführungen beispielsweise sind schon tagelang vorher ausverkauft gewesen.

Was das bedeutet, wollen man daran erkennen, daß jeder Vorstellung durchschnittlich 1000 Personen beigewohnt haben mögen — das Theater hat 1200 Personen, war aber nicht immer ausverkauft —, so daß also rund 46 000 Personen zum mindesten während dieser Zeit die Lust der Bühne, das namhafte Ensemble des „Dreimäderhaus“ gleich zweimal, dreimal und gar noch mehrmals angesehen haben. Jedenfalls hat aber fast, daß dieses Spielgut von unzähligen Tausenden angesehen worden ist, von vielem mehr, als sonst ein anderes Stück in etwa einer Spielzeit an Besuchern mußten konnte.

Woran das liegt, bedarf gar keiner Erklärung weiter, da es allgemein bekannt ist: es liegt an der gemüthlichen, melodischen und dabei doch leicht fassbaren Schwebertönen Musik, die zum „Dreimäderhaus“ verwendet wurde, wozu freilich auch eine recht lebenswichtige Handlung kommt.

Risette.

Eine hässliche Vorlesungsrisette.

Von O. Hiltner.

Deutsche Uebersetzung von Gemme Schmidt-Lohr.

Erstreckst dich der Briefler sein Dreier fallen und dich hervor: „Wieder eine! Und du wagst es! Warum hast du denn nicht vorher für einen Vater gefordert? Wie die Gunde paart für Euch in allen Ecken!“

„Das ist nicht wahr!“, sagte sie mit eisiger Miene.

„Wenn ich „Euch“ sage, spreche ich natürlich im allgemeinen. Aber Ihr seid einer so viel wert, wie der andere, wenn ich Euch mit so schönem Besippenen genäh, liebe ich Euch, das verleihe ich Euch, was Euch heilig war und der Ehrendienst der Gemeinde ist da. Aber das muß ein Ende haben. Diese Zeit der Unruhe, die alles zu unterwerfen droht, muß gebannt werden. Beim gerechten Gott! Er ist Ihr Herr in Gottes Namen nachkommen haben müßt, warum heiratet Ihr denn nicht vorher?“

„Aber er hat mit mir geschworen...“

„Immer dieselbe Geschichte, auswendig kenne ich sie allmächtig.“

Ihre Rufe folgten, sie biß die Zähne aufeinander, fest preschte sie ihre Fingernägel in ihre schweißigen Hände. Daß man ihr die Sünde, denn es übernahm eine war, allein aufbürden wollte, und nicht solchen Leiden die gleiche Last aufzulegen, schien ihr eine solche Schmach, daß sie mit bitterer Stimme antwortete: „Wenn dem so ist, dann kann ich wohl gehen. Es gibt ja keinen Gott mehr.“

Wiel wichtiger scheint uns eine andere Frage zu sein, die allerdings mit dieser Verwendung der Schwebertönen in innigen Zusammenhang steht, nämlich: wie die hierdurch auch herbeigeführten musikalischen Schäden möglichst vollkommen aufgehoben und zu einer Offenheit für eine allgemeinere Verbreitung wirklich jeder Musik, das ist hier die Schwebertöne, umgewandelt werden können.

Woran die angelegten Schäden bestehen, das ist ebenfalls zu sehr bekannt, als daß es darüber noch längerer Erörterungen bedürfte. Nur das sei nochmals hervorgehoben, daß die größte Gefahr in der Verwendung Schwebertönen Musik zu Melodien liegt, die deren ganzen inneren Zusammenhang zerstört und sie fingenäh oftmals direkt in ihr Gegenteil verkehrt, daß außerdem der eigentliche Schwebertöne ganz über dem „Dreimäderhaus“ vergessen wird, so daß an die Stelle von Musik nur Musik-Ertrag tritt, und daß schließlich auch die Musikgeschichte zu kurz kommt, weil nur zu leicht die Melodien lediglich auf das „Dreimäderhaus“ zurückgeführt werden, statt auf die Urmelodien, die doch nur ein kleiner Teil der „Dreimäderhaus“-Besucher kennen.

Die Anwendung dieser Schäden aber und ihre Umkehrung in das Gegenteil sehen wir auf einem verhältnismäßig einfachen Weg gegeben: Man halte zu billigen Preise öffentliche Vorträge ab, die als Charakteristikum eine populäre musikalischwissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem „Dreimäderhaus“ tragen möge, zeige darin das eigentliche Schwebertöne Wesen auf und führe dann Schritt für Schritt die Melodien des „Dreimäderhaus“ auf die Urmelodien zurück, natürlich mit wirkungsvollen Demonstrationen am Flügel.

Um den Erfolg dieser Arbeit etwas zu unterstützen, das Publikum, auch das breitere wird in Massen kommen, da es wieder etwas vom „Dreimäderhaus“ gehört werden kann. Die Zuhörer werden unaufrichtig von dem verzerrten Bilde Schwebertönen im „Dreimäderhaus“ beschaffen und lernen so zugleich einen unserer besten Liebeskomponisten als Mensch kennen. Und endlich — das ist der wertvollste Ertrag — wird damit die Melodien-Verwirrung jenes Eingipfels entwirrt, der eigentliche Schwebertöne heraufgeführt und so ein wichtiger Teil unserer Weltmusik auf bewahrt ist in der Welt.

So könnte die allgemeine „Dreimäderhaus“-Suggestion zum Beispiel ein bedeutungsvolles musikalischwissenschaftliches Merkmal werden und jeder Kunstkreis wäre in den Stand gesetzt, allen weiteren Aufführungen des „Dreimäderhaus“ ruhig entgegen zu sehen. Vielleicht nehmen sich bald einmal befähigte Kräfte dieser Sache an. Sie würden sicher ihre Bemühung dankbar finden.

Um die häßliche Beschränkung. Die von der Stadt im Zusammenhang mit der Altkleider-Verwertungswelle erzielte Ausbesserungsanstalt für das Schuhwerk von Winterbekleidungen hat natürlich nicht die Zustimmung aller Schuhmachermeister gefunden, sondern diese eingeklinken müssen, daß sie gar nicht mehr alle Arbeit bewältigen können, vor allem auch nicht mit beförderter Fertigkeit versehen, die verschiedene Ersatzstoffe zu verwenden. Das zeigte sich auch in einer Verammlung von Schuhmachern aus Halle und dem Saalkreis, die die Altkleider-Verwertungswelle am Sonntag nachmittags nach St. Nikolaus einberufen hatte. Der Obermeister der Schuhmacher-Vereinigung, der zugleich Leiter jener Beschränkung ist, sprach über die wirtschaftliche Lage des Schuhmacherhandwerks im Winter. In der anschließenden Diskussion wurden alle möglichen Beschwerden vorgebracht, und dabei auch Beschwerden gegen die häßliche Beschränkung erhoben. Wenn Arbeiterschaft für viele vorhanden sei, so könne dieser den Schuhmachern selbst gefordert werden, damit diese ihre Stunden zu betriebliehen Vermächten. Dem wurde vom Handwerksmeisterstandes Rat entgegengehalten, daß die Stabhalterhaltung dem Handwerk nicht als Wettbewerb gegenübertraten, sondern einen fröhlichen Mittelstand erhalten wolle. Wenn als Schuhmacher nicht dabei arbeiten könne, finde in der Beschränkung gut gefaßte Beschränkung. Diese sei überaus wichtig für die Schuhmacher im Saalkreis zunächst 600 Paar Ersatzschuhe habe kommen lassen. Der Petroleum benötigte, soll nach Möglichkeit damit versehen werden.

Städtische Wäschebeschaffung. Die große Wäsche hat den Grob-Decker e. Communitar bekanntlich Anlaß gegeben, schon sehr bekannte Maßnahmen zu treffen, um Wäsche herbeizuführen, die den Kriegsteilnehmern nach ihrer Rückkehr aus dem Felde zur Verfügung gestellt werden können. Der Berliner Magistrat hat, wie Geheimrat Baurat Hofmann in einer Vorlesung mitteilte, eine Reihe von Maßnahmen getroffen, durch die für die Beschaffung von Wäsche für die Soldaten sorgen werden soll. Es werden zunächst in den Kassen der Kassen und sonstigen Anstalten die Nachschubladungen aufgeführt und unter Leitung des Direktors der Kassenkassule aufgearbeitet und wiederbeigegeben. Zu diesen An-

heiten werden zum Teil Kriegsebeschädigte verwendet. Außerdem werden von der Berliner Wäschebeschaffung für neue Wäsche Entwürfe angefertigt. Es sollen dann Wäschebeschaffung angefertigt und einer Kommission vorgelegt werden. Dadurch soll erreicht werden, daß die Wäsche dem Geschmack des Publikums entsprechen. Angefertigt werden ausschließlich einfache Einrichtungen, meist Wohnzimmern- und Schlafzimmern. Da die Fertigstellung von Wäsche sofort und schnell vor sich gehen muß, so hat sich bei Magistraat bereits mit dem maßgebenden Stellen in Verbindung gesetzt, um Holz zu angemessenen Preisen zu beschaffen. Das Kriegsinstitut ist erachtet worden, Holz zu mäßigen Preisen zur Verfügung zu stellen. Man hofft, daß man ausreichende Mengen von Holz zu so billigen Preisen erhalten wird, daß die Wäsche zu solchen Preisen abzugeben werden können. Nach Beendigung des Krieges will man auch die in den Kassen und Wäschebeschaffung vorhandenen Wäsche für die Zwecke verwenden. Ebenso soll auch auf die jetzt in den Kriegsebeschädigten verwendeten Wäsche zurückgegriffen werden. Ein nicht zu unterschätzendes Moment in die Zahlungsweise bei dem Anlauf solcher städtischen Wäsche. Der Magistrat beabsichtigt, in geeigneten Fällen den Käufern eine Erleichterung der Zahlungsweise zu gewähren.

Richtliche Maßnahme zum sozialen Ausbau des Staates. Am Sonntag hat hier der Währungsminister Anst (Berlin) über Kriegserfahrungen und Währungsfragen gesprochen und dabei einige Worte gesagt, die sich gewisse Leute sehr gut merken sollten. Er ist als Feldprediger immer zwischen den Truppen hinter der Front gewesen und schätzte nur jenen die Entschlossenheit, die unsere Soldaten ertragen müssen, wie die unerschöpfliche Standhaftigkeit, mit der sie den den deutschen Kriegern hingegenommen werden. Dennoch aber sagte er: „Das soll unser Bemühen sein nach dem Krieg, die deutsche Heimat ihnen wieder ganz besonders lieb zu machen, und zu diesem Zweck müssen sich in Zukunft christliche Kreise weit mehr als bisher um die sozialen Dinge kümmern. Neben der so wichtigen Währungspflege muß vor allem die härtere Verteilung an den sozialen Fragen stehen. Als Seelsorger konnte Anst vielfach die schon oft erwähnte Erfahrung machen, daß zahlreiche, dem krieglichen Leben entfremdete Männer wohl fühligen Erbes Gottes in ihrer Art sind. Wir müssen ihnen bei der Einkehr das Beste geben, was wir können: eine Heimat, die es weiß, welche unerbittlichen Opfer der Krieg gefordert hat, eine reichliche Darbietung mit Worten, nicht mit Worten, und einen Einsatz der durch lange Jahre entbehrten Liebe durch vermehrte Bruderliebe.“ Wenigstens auch hierbei wird sich vielfaches Eigeninteresse mitstreuen kann, so sind diese Worte doch immerhin bemerkenswert genug und sollten vor allen in gewissen sozial herangezogenen Kreisen unserer Bevölkerung gehört werden, deren ganzes Streben jetzt dem Bemühen gilt, die heimkehrenden Krieger wieder möglichst eng an die Familie zu knüpfen.

Kein Eisenbahntransport von Winterpferden mehr. Zur Einschränkung des Gepäcksverkehrs auf den Eisenbahnen soll demnächst auch die Mitnahme von Winterpferden in die Eisenbahnwagen verboten werden. Es handelt sich hierbei um die Mitnahme von Hundeführern, Schneeschlepper usw. in den Wagen, deren Beförderung als Sondergeschäft bisher beibehalten wurde. Auch Schlitten usw. die bisher nur als Gepäckstück oder als Mitnahme bei den Gepäcksverträgen aufgegeben werden konnten, werden von der Annahme ausgeschlossen werden.

Wie soll man Papierstoffe wahren? In vielen Kreisen besteht noch viel zu wenig Wissen und Abneigung gegen Wäsche- und Kleiderwässer, aber nicht fahndend Wasser mit einer schwachen Lösung von Seife, Soda, oder einem anderen nicht ätzenden Waschlösung (höchstens 10-15 Minuten), sondern legt man sie auf einen glatten Tisch und bügelt sie mit einer ja nicht zu harten Bürste mit dem gleichen Wasser ab, bis sie rein sind. Hieran spült man sie in reinem, lauwarmem Wasser durch, hängt sie vollständig noch auf und bügelt sie, wenn sie angedrückt sind. Das Auswaschen muß vermieden werden. Der Stoff reißt nur in nassem Zustande, erlangt aber nach dieser vorläufigen Behandlung seine alte Festigkeit wieder. Wird diese Waschanleitung befolgt, so kann ein Papierlebensmittel monatelang bewahrt werden, ohne Schaden zu nehmen; insbesondere trifft dies für Schürzen aller Art, Arbeiteranzüge, Joppen, Josen, Arbeitermäntel, auch Hemden.

Einwaschen des Gepäcksverkehrs auf den Eisenbahnen soll demnächst auch die Mitnahme von Winterpferden in die Eisenbahnwagen verboten werden. Es handelt sich hierbei um die Mitnahme von Hundeführern, Schneeschlepper usw. in den Wagen, deren Beförderung als Sondergeschäft bisher beibehalten wurde. Auch Schlitten usw. die bisher nur als Gepäckstück oder als Mitnahme bei den Gepäcksverträgen aufgegeben werden konnten, werden von der Annahme ausgeschlossen werden.

Etwas betreten durch den Erfolg seiner Ausfälle sagte der Briefler mitder:

„Mein Kind, sag zu Deiner großen Sünde nicht noch die Gotteslästerung. Bezahle nicht, daß Gott bei den Gebeten der auftrichtig Vereuenden nicht stumm bleibt... Wer ist denn der Vater?“

„Egar Noels!“

„Wieder einmal!“

„Ja, aber ich werde mich sicherlich nicht mit Maria Stolz ertrännen. O nein,“ sagte sie so wild entschlossen, daß er förmlich errötete.

Eine Ahnung erfasste den Briefler, daß diese hier sich niemals damit abfinden würde, die Rolle des Diebhabes der Reichenkinder mit der Rolle der bühnenden Wirtin zu vertauschen. Hier muß eingegriffen werden, denn sie würde sich sonst vielleicht wohl rächen und ein neuer Gemeindefandal fallt da, wenn nicht gar eine neue Katastrophe. Auf jeden Fall mußte etwas getan werden. Wenn die Sache auch äußerlich heftig war. Außerdem verdiente diefer Noels wirklich eine Ration.

Er zog sie auf die Bank neben sich nieder und sprach väterlich auf sie ein: „Reg mir ein offenes Geständnis ab, wie wenn Du vor Deinem Höchsten stündest.“

„Ja, sehen Sie, es war so unglücklich im Juni zur Gemeindegemeinschaft. Ich arbeitete im Lagerhaus auf dem Noelschen Hofe. Egar verfolgte mich mit Hofmachern und Redekreuzen; immer hino er mir am Hof. Worte sprach er zu mir so schön, wie ich sie noch nie gehört hatte. Er erklärte mir, daß er mich liebe, und da er mir gezielte, gelangt ich es ihm aus. Ich war sehr glücklich. Immer unarmen wir uns. Die Erste eingefahren wurde, und die Abschiedsrede schlug, lagte er mir, daß ich mich heiraten würde, wenn ich ihm den Beweis meiner Liebe gewähre. Ich liebte ihn und das Ende ist, daß ich mich ihm gab... und daß ich jetzt allein mit meinem Unglück lide.“

Sie brachte das alles herbei ohne Erregung vor. Aber ihr ganzes Wesen schien erfüllt von dem einen Gedanken: ihrem Unglück.

„Und dann?“

„Dann als ich meiner Sache wider, gelangt ich ihm, er meinte, man könne sich ja auch rächen. Dann wich er mit

aus und ich sah immer nur vom weitem und immer leutener und nie allein, so daß ich mich nie mit ihm ausprechen auf dem Rücken der der Stadt auf dem Felde mit der Ristete konnte. Gestern nachmittags erzählte mir Bandler, daß er ihn Noels gesehen habe. Ich dachte ihn am Hofweg ab und als er, mich erblickend, umkehren wollte, rannte ich ihm nach und stellte ihm vor, daß er mich heiraten müßte. Das Ungeheuer wagte mir zu sagen, daß man in Fällen wie dem meinen niemals sicher sein kann. Es gab ja auch noch andere Männer! Daraufhin habe ich ihn gefordert.“

„Gehörtst? Aber liehst Du ihn denn noch?“

„Doch, aber wenn er mich verläßt, werde ich ihn hassen, werde ich mich rächen,“ ließ sie errödet hervor. Eine tiefe Falte grub sich auf ihrer Stirne ein.

„So verurteile Dich doch...“ hofft Du. Feinen andern Mann erkennst, ganz bestimmt nicht?“

„Aber für wen halten Sie mich denn?“ lachte sie und sprach mit einem Zug wieder auf.

„Es ist auf, mein Kind, ich werde leben, wie sich die Sache einlenken läßt. Aber verpöcht mir, so lang ruhig zu bleiben und in der Zwischenzeit zu schwärmen. Es ist nötig, solche Geschichten herumzureden.“

„Ich verpöchte es!“

„So geh denn nach Hause, Du wirst bald von mir hören.“

Schönen Schrittes, wie sie gekommen war, verabschiedete Stino.

Als der Briefler die Gittertür hinter sich zurufen hörte, zog er die Floske und das Glas aus dem Bertisch hervor und stürzte sich von neuem. Ach! Wie recht hatte doch Monseigneur.

Trotz der schönsten Beispiele, trotz allen Ermahnens, trotz aller Selbsteingeständnisse schien die Unruhe nicht auszurufen. Aber man mußte doch ein Werk sehen, Gott zu Liebe, um des Ruhms der Kirche und der Religion willen. Und die Verführer sollten es jetzt einmal zu ihrem Leidwesen an eigenen Leibe wahren.

Der Briefler ging ins Haus zurück; entschlossen drückte er den Treibzug auf den Kopf, bewachte sich mit einem großen Messerschirm und begab sich auf den Weg zum Noelschen Hofe.

(Fortsetzung folgt.)

Die sogenannte „Waterlandspartei“ will nun auch hier dazu übergehen, eine erteilte Erlaubnisfrage zu schaffen, wie sie schon anderwärts getan hat. Zu diesem Zweck berufen einige ihrer Gefinnungsfreunde, wahrscheinlich selbst Studenten, „alle gleichgesinnten Kommitteanten und Kommitteantinnen“ (hoppa, hoch! schreiesch! Bost!) zu einer Versammlung auf Freitag abend nach dem Völkchenpark. Natürlich will die Waterlandspartei damit Erfolg haben, vor allem deshalb, weil leider die nationale Botschaft in studentischen Kreisen noch eine sehr große Wirkung ausübt, wie wir schon früher schreiben, wozu dann freilich auch noch mangelnde Arbeit, weniger ideologische Gründe kommen, auf die hier aber nicht weiter eingegangen sei. Nur muss abgemerkt werden, ob der Erfolg allzu groß ausfällt. Würdigen helfen, gerade im Interesse unserer studentischen Jugend selbst, daß es nicht geschieht, daß sich vielmehr zur Waterlandspartei nur jenseits kleine Häuflein weltverlorener Träumer findet, die es allermählig gibt und um die es weiter nicht schade ist. Sollte es anders sein, dann wäre das nur ein neuer Beweis dafür, daß sich die Wissenschaft sogar schon bei ihren Jüngern vom Volke entfremdet, und würde eine neue Mahnung dazu sein, der angeblich voraussetzungslosen Wissenschaft zumut, alles, was aus ihr herorgeht, mit größtem Wohlwollen zu begreifen. Oder wohl man etwa in studentischen Kreisen noch nicht, wie sehr die Waterlandspartei im Volke isoliert und ein Fremdkörper unseres ganzen Staatswesens ist?

„Eine tolle Zeit.“ Es ist erntlich, welcher Beliebtheit man sich im Monat Januar zu erfreuen pflegt. Daran hat sich auch im Kriege nichts geändert. Wenn auch gedruckte Blätter weniger verfaßt werden, die unbeliebten Mitteilungen, in denen uns andere ihre Forderungen anmelden, treffen immer noch vollständig ein. Da marschieren zu nächst die Ärzte, in der Regel mindestens durch zwei verzeihen, den Haus- und Zahnarzt, auf. Der Schneider selbst, und wenn es auch bloß Kleidermacher und Stiefelreißer waren, er freidet uns doch ein hübsches Stiefelchen an. Ginter hier will der Schuhmacher nicht zu rückweichen. Alle beide helfen der Buchbinder, den wir in Ermangelung anderer angenehmer Dinge bei allen möglichen Geschenkeröffnungen mit Aufträgen überhäufeln. Wer doch hat, bekommt dazu die Mahnung, die über jene Versicherungspolice einzulösen. Die Vereine ihre Beitragsquittungen, die Vertreter von Gas und Elektrizität stellen sich ein, Schulgelber und sonstige launende Monatsbeiträge sind fällig. Nicht ohne Mühe auf unsern Beutelteil beglückwünschten uns auch Zeitungs-träger und Briefträger am neuen Jahre. Die Preise ist sonstig fällig. All dies führt auf uns ein, nachdem eben erst Weihnachten unsern Geldbeutel so stark hat zusammengezogen lassen. Wenn man nicht zu jenen Leuten gehört, die über diese wie andere Sorgen erhaben sind, kommt man sich wirklich wie vor den Kopf geschlagen vor. Warum stellt man auch gerade am 1. Januar alle diese Ansprüche an uns?

„Erfolglose Revisionen.“ Wegen Oberleiter v. W. von Landwehrich Halle am 31. August v. J. der Juridiker Karl Dieb zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden, weil er gefundene Kohlen unverschuldet hat. Auf seine Revision hob das Reichsgericht das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück, weil unzulängliche Beweismittel als Hauptgrund angegeben worden ist. Ferner wurde das Urteil des Landgerichts vom 25. September v. J. aufgehoben, durch das die Güterbodenarbeiter Krantz wegen unzureichender Beweismittel verurteilt worden ist, und zwar wegen Verletzung der Arbeitszeit. Die Revision der beiden mitangeklagten Güterbodenarbeiterinnen Schmalz und Siegmund dagegen wurde als unzulänglich verworfen.

„Diebstahl auf der Straßenbahn.“ Am Sonntag wurde einer Straßenbahnfahrer, der sich auf der Fahrt von Bahnhof nach Viehweiden befand, und sich während der Fahrt auf dem vorderen Plattform des Handwagens (Reißer, Schute) im Werte von 250 M. gefohlen.

„Selbstmordversuch.“ Am Sonntag morgen wurde ein Handwerker aus Trotha auf einer Fahrt der Trothaer Reife sitzend in befeindlichem Zustande aufgefunden. Antsichend hatte er Gift zu sich genommen. Er wurde dafür in Familienverhältnissen zu finden sein. Er Grund in einem Krankenhaus gebracht.

Theater, Sehenswürdigkeiten usw.

„Stadtkonzer.“ Heute, Dienstag, geht „Raisin der Weid“ in Szene. Am Mittwoch gelangt die Oper „Cello“ von Verdi zur Aufführung. Die sich auf das Jahr von Kapuzin Ende, vielfach vorbereitete vom Orchester von Bamber. In der Hauptpartie sind beschäftigt: Dina Mahlenhoff (Desdemona), Henriette Höfer (Emilia), Clara Holz (Cello), Julius Neuböcker (Jago), Adolf Stadler (Cassio), Alfred Ernest (Rodrigo), Emil Richter (Odoardo), August Hoeller (Montano), Donnerstag „Alf-Heidelberg“ Freitag „Dante und Virgilio“ am Samstag „Jugend des Hattenbachs“ Freitag „Gurken“ am Sonntag „Die Fische“ von Wolf-Ferrari, vorher „Die Weidwälder“ von Goethe, um Schluß „Langhölzer.“ Das Weihnachtsmärchen „Athenbürger“ gelangt in der kommenden Woche am Mittwoch, Donnerstag und Sonnabend, nachmittags 3½ Uhr zur Aufführung.

„Vorträge des Bundes zur Erhaltung und Hebung der deutschen Volkstüm.“ Am Mittwoch, dem 9. Januar, abends 8½ Uhr, wird Geh. Rat Anton von der hiesigen Herenfiliale einen Vortrag über das Thema: „Die Bedeutung der Geist und Körper“ halten, worauf hiermit besondere hingewiesen sei. Die Vorträge der letzten Jahres hatten die wichtigsten Funktionen erkennen lassen, mit denen der Geist den Körper und die Körperfunktionen stetig beeinflusst, aber auch die vielfachen Einflüsse, mit denen vom Körper aus eine möglichst gute geistige Verfassung erzielt werden kann. Gerade die Massenerziehung im Kriege und bei der Armee zeigen es täglich, daß hierin wohl auch eine praktische entscheidende Macht auszuüben ist, Geist und Körper auch in höherer Zeit aufrecht zu erhalten. Die Kenntnis dieser Eigenheit von Körper und Geist ist jedem nötig, sei es, daß er nach Vertiefung der Weltanschauung strebt, sei es, daß er die Lebenszeit ausgenutzt, besonders aber, daß er aufrecht bleibt trotz der schweren Zeit in geistiger und körperlicher Verfassung.

„Saugergerger.“ Mittwoch, dem 9. Januar, abends 8½ Uhr, hält in der Aula der Staatl. Ständ. Handwerkerhochschule der Rumpfhilf Professor Dr. Riemeyer von der Staatlichen Kunstgewerbeschule in Hamburg einen Vortrag mit Lichtbildern über „Gotha als Heimat.“ Der Eintritt ist frei.

Aus der Provinz.

Provinzielle Verhältnisse vor 100 Jahren.

Im Jahr 1818 fand in der erst 1816 gebildeten Provinz Sachsen, deren drei Regierungssitze Magdeburg, Merseburg und Erfurt ursprünglich die Namen Oberländer, Herzogtum Sachsen und Thüringen hießen, die erste amtliche Volkszählung statt. Die Ergebnisse dieser Zählung wurden niedergelegt in dem 1819 bei Franz Rothfuß in Merseburg gedruckten „Verzeichnis der Ortschaften im Bezirke der Regierung zu Merseburg.“

Eintretend ist die ehemalige Zugehörigkeit in jedem landrätlichen Kreise vereinigt Gebiete gekennzeichnet. Dort heißt es nun unter Nr. 4: Der Merseburger Kreis besteht aus 4 Ämtern des Stils Merseburg: Merseburg, Landstedt, Lützen und Schönefeld, insofern sie an Preußen gekommen sind. Es sind jedoch 1. vom Amt Merseburg zu dem demselben gehörige Teil des Dorfes Döllnitz an den

Landkreis, 2. von dem Amt Landstedt a) Angersdorf und Pörsendorf an den Stadtkreis Halle, b) der zu diesem Amt gehörige Teil von Ober- und Unterbuckhagen an den Mansfelder Gegend, c) die Dörfer Kößeln, Röt und Werberten an den Stettiner Kreis, 3. vom Amt Lützen das Dorf Wöden an den Weissenfelder Kreis, 4. vom Amt Schönefeld zu demselben gehörige Teil des Dorfes Haino und das Dorf Rölln an den Döllitzer Kreis abgetreten worden. Dagegen sind dazugekommen 1. vom Amt Weissenfels die Dörfer Kößeln und Dölpzig und die Stammendorfer Markt, 2. von dem Amt Freuden abgetretenen Teile des Königl. Sächsischen Amtes Pegau: Mücheln und 3. von dem Preussischen Kreise des Reissamts Leipzig die Dörfer Altlandscheid, Großhaina, Gintersdorf, GutsMuths und Treben. Es befinden sich in diesem Kreise a) 5 Städte, namentlich 1. Merseburg, Sitz der Regierung, des Generalgouvernements für die Provinz Sachsen und eines Domkapitels, und Kreisstadt mit 821 Häusern und 6841 Einwohnern, 2. Lützen mit 222 Häusern und 1298 Einwohnern, 3. Schönefeld mit 251 Häusern und 1920 Einwohnern, 4. Landstedt mit 142 Häusern und 900 Einwohnern (Badeanstalt) und 5. Schafstädt mit 216 Häusern und 1801 Einwohnern; b) 170 Dörfer, 3 einzelne Bestellungen und 14 wüste Orte. Die Bevölkerung des ganzen Kreises beträgt in 6888 Häusern 88 276 Menschen. Bemerkenswert ist die Salinen Dürrenberg, Teuditz und Kößeln. Hierzu ist zu bemerken, daß die hiltmerseburgischen Dörfer Pörsendorf mit damals 270 und Angersdorf mit 41 Einwohnern später dem Stadtkreis Halle abgenommen und dem Kreise Merseburg zugewiesen wurden.

Merseburg. 10 000 Weihnachtspatente ins Feld. Der Mobilisierungsausschuß vom Roten Kreuz hat mit Unterstützung der beiden Vaterländischen Frauvereine diesmal rund 10 000 Weihnachtspatente ins Feld gesandt, von denen 8200 geföhrt waren. Ueber zwei Drittel der Gaben hat also der Ausschuß selbst aufgebracht und dafür rund 21 000 M. ausgegeben. An Bestellungen sind dem Ausschuß für diese Zwecke 5800 M. zugegangen, er hat also aus eigenen Mitteln über 15 000 M. besteuern müssen. Die Patente sind den Angehörigen der Regimenter 360 und 361, die sich aus Merseburgern zusammensetzen, übermittelt worden.

Weissenfels. Endlich eine Verkehrsbeleuchtung. Die Erhaltung der Schneefänge auf den Straßen Weissenfels-Erfurt-Weissenfels und Weissenfels-Erfurt-Meinungen für Reisen im Raubverkehr auf Entfernungen bis zu 60 Kilometer ist am Montag wieder aufgehoben worden.

Ueber mehrere Diebstähle wird von der Polizeiverwaltung nachträglich folgendes mitgeteilt: Am 2. d. M. nachmittags zwischen 1 und 2 Uhr ist ein von dem Grundstück Langendorferstraße 83 aufgestellter Handwagen gestohlen worden. — Am 31. v. M. (Sittweter) nachmittags gegen 4½ Uhr ist einer Dame, die auf dem hiesigen Postamt Geld einzahlte, am Schalter ein Taubensmarfchen abhanden gekommen, den dieselbe unvorsichtigerweise in ihre Taschengeföhrt haben will.

Zeh. Erweiterung der Geschäftszeit. Bis auf weiteres ist für Mittwochs ein Offenhalten der Verkaufsstellen bis 7 Uhr abends gestattet.

Lebensmittelfragen. Diejenigen Händler, die noch Kaffeegeld auf Lager haben, zu zu hören als den jetzt gültigen Preisfreisen eingekauft ist, werden aufgefordert, diese Vorräte nach Art. 10 und 11 des Gesetzes unter Beifügung der Rechnungen dem Magistrat zu melden. Weiterhin sollen diejenigen Geschäfte, die mit der Abgabe des Weihnachtsfestes betraut waren, die Restbestände nach Zimmer 42 des Rathhauses melden.

Als gestohlen ist angezeigt worden: Ein graues, 3 weiß- und grau- und 3 weiß- und schwarzgeföhrtes Kindchen.

Ausgelunden ist bei der Postvermittlung abgegeben worden: Ein Kramband und ein Damenkleidchen mit Ansat. Eigentumsanspruch liegt innerhalb eines Jahres dort geltend zu machen.

Bitterfeld. Tragischer Unglücksfall. Der Gefangenentransporteur Wilhelm Schuler von hier war beauftragt, eine Kranke nach der Heilanstalt Walspringe zu überführen. Auf dem Bahnhof in Wagsburg warf sich die Kranke, ein 19jähriges Dienstmädchen, plötzlich vor den einmarschierenden Personenzug. Er wollte diese zurücktreiben, wurde aber ebenfalls mitüberfahren. Dem Vernehmen nach ist ihm ein Bein abgefahren worden, während das Mädchen eine schwere Kopfverletzung erlitt. Beide Verletzte wurden dem hiesigen Krankenhaus in Wagsburg zugewöhrt. Das misserthete Dienstmädchen war bereits wegen eines Selbstmordversuches durch Leuchtgas vorher im hiesigen Kreis-Krankenhaus behandelt worden.

Wieder eingekommen. Ein vor etwa 10 Tagen vom Gefangenens-Arbeitskommando in Wolfen entwichener Strafgefangener, der kürzlich zwischen Thalheim und Stiepelitz beobachtet worden war, ist im benachbarten Reuden wieder geföhren worden. Er hat inzwischen eine Anzahl Einbrüche in der näheren und weiteren Umgebung verübt.

Saugergerger. Zum Abschluß der Wachsenfabrik und Eisen-gießer normals Formung und Abse, A.-G., wird noch berichtet: Der Fabrikationsgewinn im Geschäftsjahr 1916/17 hob sich auf 879 887 M. (1915/16: 671 075 M.), demgegenüber erforderlichen Unkosten 449 619 M. (306 998). Nach Berücksichtigung der Unterhaltungen an Anlage- und Reparaturarbeiten und der auf 152 695 M. (95 751) bemessenen Abschreibungen ergibt sich einschließlich des Vortrages in Höhe von 148 471 M. (144 868) ein Ueberschuß von 368 017 M. (279 871). Daraus soll, wie schon gemeldet, eine Dividende von 10 Proz. (6 Proz.) ausgeschüttet und der Rest von 148 448 M. auf neue Rechnung vortragen werden. Wie der Vorstand berichtet, war der Eingang an Aufträgen das ganze Jahr hindurch gut, so daß das Unternehmen gleichmäßig beschäftigt war. Der Bestand an Aufträgen, der beim Abschluß vorlag, und auch der Eingang an neuen Aufträgen war weiter befriedigend.

Die hiesige Stadtparisse hatte im abgelaufenen Jahre 1917, was ihre Neuenlagen betrifft, ein recht erfreuliches Resultat zu verzeichnen. An neuen Einlagen wurden von den Sparern eingezahlt: 3120 963 M. 68 Pf. und von den Sparern in dem gleichen Zeitraum abgehoben: 1 985 078 M. 95 Pf., mithin mehr eingezahlt als abgehoben: 1 135 884 M. 73 Pf. Im Jahre 1916 wurden eingezahlt 2 164 801 M. 15 Pf. und abgehoben 1 201 406 M. 43 Pf.

Diebstahl. Vor einiger Zeit sind dem Kaufmann Max Perle aus einem Schuhtalen ein volles Unterhemd, eine wollene Leibbinde, 1 Lungenstücker, 2 Paar wollene Anziehmäntel und 1 Paar Handschuhe entwendet worden.

Keine Nachrichten. Beim Wätern zu Tode gekommen ist der berüchtigte, aus Hildersleben gebürtige Arbeiter Gottlieb zu Felde. Er wurde in der Hilterslebener Feldflur durch zwei Schüsse des Feldschwammens tödlich verwundet und starb bald darauf im Krankenhaus. — Worendiebstähle wurden seit längerer Zeit fortgesetzt in einem

Fabrikbetriebe zu Rügen verübt. Schließlich teilte sich der Bericht auf eine Arbeiterin, in deren Wohnung man auch ein großes Warenlager vorfand. Für etwa 250 M. Waren konnten dort geföhrenamt werden. — Einen Einbruchdiebstahl haben Ende in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend im Grundstück des Güterbesizers R. Wöhrer in Schönefeld bei Atern ausgeführt. Sie betrafen 8 Hühner, Gerd, Wurst und Butterföhrt und entnahmen unerwartet. — Großfeuer entstand in Hiltersleben in dem Geschäft des zum Herrensitz angehörenden Orlsgrüben König. Eine Scheune und Stall nebst vielen landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten wurden ein Raub der Flammen. Man vermied Brandstiftung. — Aus B a u g a (Instit) wird gemeldet: Seit Anfang Oktober v. J. war in einem hiesigen Fabrikbetriebe ein Arbeiter Erich Hoppel beschäftigt, der sich als triegsbefähig überdemutend der Landwehr durch gewandtes, sicheres Auftreten beim Eingange in weitere Kreise zu verfohlen wußte. Er trat meist in der Uniform des Reserve-Infanterie-Regiments Nr. 3 mit veralteten Auszeichnungen, u. a. dem Eisernen Kreuz 1. Kl. auf. Den hier auf Urlaub weilenden Offizieren erschienen jedoch einige Punkte im Aussehen dieses Herrn auffällig. Er wurde nun festgenommen. Im Falle eine Personifizierung es sich handelt, steht noch dahin. — Tödtlich verunglückt ist auf der Fahrt von Erfurt nach Herbsleben der Landwirt G. Wöhrer, der in Erfurt Gutsbesitzer gemacht hatte. G. hatte im Geföhrt den mit ihm reisenden die Station Wöhrsch, auf der er aussteigen mußte. Überdort, im letzten Augenblicke, als der Zug sich wieder in Bewegung befand, wollte G. ohne nach abfragen, gleich aus, rückte vom Treibrett und wurde eine ganze Strecke mitgeschleppt, bis er unter die Räder geriet und überfahren und getödtet wurde.

Gewerkschaftliches.

Ein sozialpolitisches Arbeiterprogramm der deutschen Gewerkschaften.

Die Generalkommission der Gewerkschaften hat im Einvernehmen mit der Konferenz der Verbandsvorsitzenden die Wünsche der Arbeiter für das Gebiet sozialpolitischer Reformen programmatisch zusammengefohrt und in einer Denkschrift zusammengestellt, den bestehenden Körperschaften des Reiches und der Bundesstaaten übermietet. Die Denkschrift führt den Titel: „Sozialpolitisches Arbeiterprogramm der deutschen Gewerkschaften.“ (Ein sozialpolitisches Arbeiterprogramm.) Es umfaßt 18 Gruppen von Forderungen, die sich erstrecken auf die sozialpolitische Organisation und Statistik, die Arbeitervertretung, das Organisationsrecht, das Tarifvertragsrecht, die Schlichtungs- und Einigungsämter, das Arbeitsrecht, den Arbeiterschutz und die Inpektion, die Arbeiter- und Angestelltenversicherungen, die Rechtshilfe, die Arbeitsvermittlung, das Genossenschaftswesen, die Staats- und Monopolrechte, die Wirtschaftspolitik, die internationale Sozialpolitik, die Volksernährung, die Wohnungsfürsorge, die Volkshygiene und die Volkserziehung.

Die Gewerkschaften fordern auf diesen Gebieten sollen helfen, das neue Deutschland der vollen Gleichberechtigung der Arbeiterklasse aufzubauen. Sie sollen eine Neuorientierung der Sozial- und Wirtschaftspolitik herbeiföhren und die stehende Verfassung des Reiches gestalten helfen. In der Begründung haben die Gewerkschaften ausdrücklich hervor, daß Steuerfragen, Beschäftigt und vor allem das Wahlrecht die Arbeiter in noch höherem Maße interessieren als diese sozialpolitischen Fragen. Sie betonen sich zu dem Worte des Professor Anshitz: „Wohlfahrts- und Versorgungsmaßnahmen sind gut, alle meine Teilnahme des Volkes am Staat, politische Gleichberechtigung Einheit von Volk und Staat, kurz Demokratie in diesem Sinne sind besser.“ Aber sie betonen zugleich das besondere Interesse der Gewerkschaften am wirtschaftlichen Schutze der Schwachen und wollen die im sozialpolitischen Arbeiterprogramm aufgestellten Forderungen zum Gegenstand einer großzügigen Propaganda machen. Das Arbeiterprogramm soll daher zugleich als Agitationschrift in Massen verbreitet werden und durch jährliche Rundgebungen der Arbeiter- und Angestelltenchaft zu seinen Gunsten das nötige Gewicht erhalten.

Das Wachstum der Gewerkschaften.

In einem Rückblick auf das Jahr 1917 teilt das Korrespondenzblatt der Generalkommission mit, daß vom dritten Quartal 1916 bis zum dritten Quartal 1917 die Mitgliederzahl der Gewerkschaften von 947 584 auf 1 201 770 gestiegen ist. Das entspricht einer Zunahme von 254 206 oder 26,8 Proz. Die Zahl der weiblichen Mitglieder stieg dabei von 185 000 auf 365 000, eine Zunahme um fast 3%. Aber während die Gewerkschaften 118 895 weibliche Mitglieder neu gewonnen, nahmen sie trotz der fortwährenden Entlohnung der Kriegswirtschaft von männlichen Arbeitsträgern doch noch um 155 311 männliche Mitglieder zu. Die Kräftigung der Gewerkschaften eröffnet den Arbeitern und Angestellten gute Aussichten, auch nach dem Krieg ihre Interessen ausreichend mahren zu können.

Auch von der sozialdemokratischen Partei sagt das Korrespondenzblatt, daß sie im Jahre 1917 innerlich stärker und nach außen hin einflußreicher geworden ist. Sie ist seit dem Austritt der Unabhängigen in erster Linie Wiedereingebung.

Aus der Partei.

Unabhängige Reichstagsabgeordnete. Wie wir hören, beabsichtigen die Unabhängigen für das durch den Tod Stadtrats freigebliebene Mandat in Niederbarnim Dr. Rudolf Breitfeld, den früheren Vorsitzenden der demokratischen Vereinigung, als Reichstagsabgeordneten aufzustellen. Die sozialdemokratische Partei will ihren Kandidaten in einer Kreisversammlung am Sonntag, dem 13. Januar, bestimmen. In Wagsburg kommt ein hervorgeragener Sozialpolitiker.

Tödtliche Wehrereckelämpfer sind die Kömer Unabhängigen, obwohl sie bei der jüngsten Reichstagswahl in Köln und ebenso bei den Ständerordnetenwahlen ganz häufig abgegriffen haben, wurden sie doch von der Kömer Sozialdemokratie aufgefunden, an einer Demonstration für das gleiche Wahlrecht in Preußen teilzunehmen und einen Heber dafür zu stellen. Sie lehnten das einstimmig ab. Mit der Sozialdemokratie gebe es kein gemeinsames Handeln, da geteile es nur entschlossene Kampf. Und hinzugefügt wurde der Erklärung, welche die soziale unabhängige Presse abdruckt: „Wir würden längst das gleiche Wahlrecht und noch ganz andere Rechte haben, wenn die alte Partei nicht so häufig unsere Grundzüge und unsere Taktik über Bord geworfen hätte.“ Schau an! Da waren die Unabhängigen über 40 Jahre lang mit uns in einer Partei, und wir haben zusammen das gleiche Wahlrecht in Preußen nicht erreichen können. Seit einem Jahre haben sie sich von uns getrennt, und schon behaupten sie, wir hätten längst die Republik, wenn wir nur ihrer famosen Taktik geföhrt wären. So läßt sich mit Worten streiten, während man in Wahrheit sieht, etwas für das Wahlrecht zu tun.